

Christoph Ehlert

(De)Constructing Europe. Tensions of Europeanization

Die Geschichte der europäischen Integration zu erzählen, ohne vorab einen notwendigen Erfolg des Projekts zu unterstellen, ist ein anspruchsvolles Unterfangen. Ziel und Gegenstand des transnationalen BMBF-Projekts „(De)Constructing Europe“ lautete angesichts dessen, Widerstände zu analysieren und das Phänomen des Euroskeptizismus, der stets Bestandteil der europäischen Integration war und sie bis heute prägt, in den Fokus zu rücken. Dieser Fragestellung widmete sich auch die vom 20.–22. März 2024 am DHI Rom von Antonio Carbone organisierte Abschlusskonferenz des dreijährigen Projekts, das in Kooperation der Deutschen Historischen Institute London, Rom und Warschau und des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchgeführt wurde. In seiner Einführung stellte Philipp Müller (Paris) hierzu anstelle des Begriffs des ‚Euroskeptizismus‘ die ‚Spannungen der Europäisierung‘ in den Mittelpunkt. Damit zielte die Konferenz darauf ab, die Logik eines ‚Dafür‘ oder ‚Dagegen‘ aufzuheben und eine differenziertere, komplexere Geschichte zu erzählen. Die auf der Konferenz präsentierten Fallstudien diskutierten die Spannungsfelder dieser Europäisierung anhand von Akteursgruppen, zeit-räumlich ausgreifenden Kontexten sowie alternativen Visionen Europas.

Das erste Panel widmete sich Formen des Euroskeptizismus und alternativen Vorstellungen europäischer Integration in parlamentarischen Kontexten. Zunächst untersuchte Beate Jurkowicz (Warschau) die Strategien euroskeptischer Parteien in Polen. Dabei unterschied sie diese in harte und weiche Euroskeptiker, betonte aber, dass keine seriöse Partei ernsthafte Austrittspläne verfolge, da die EU als Garant für Sicherheit und Entwicklung sowie als einzige Alternative zur russischen Einflussosphäre gelte – aller historischen Vergleiche zum sowjetischen Einfluss in antieuropäischer Absicht zum Trotz. Der anschließende Vortrag von William King (London) beleuchtete, wie Abgeordnete der British Labour Group im Europäischen Parlament (EP) in den 1970er- und 1980er-Jahren zu ihren Wahlkreisen Kontakt hielten, um mit den Mitteln der repräsentativen Demokratie den wahrgenommenen Demokratiedefiziten europäischer Institutionen entgegenzuarbeiten. Durch Initiativen wie Flugblätter und Petitionen oder durch direkten Kontakt versuchten die Abgeordneten, Berührungspunkte für die Bürgerinnen und Bürger mit einer Europäisierung zu schaffen, die ansonsten fern der Zivilgesellschaft ablief. Die Frage nach dem Verhältnis von Zivilgesellschaft, Parlament und Europäisierung griff auch Mechthild Roos (Augsburg) auf, die Konzepte von Europäisierung im EP vor den ersten Direktwahlen des Jahres 1979 betrachtete. Diese waren keineswegs homogen pro-europäisch, sondern von Spannungen zwischen Idealisten und Realisten geprägt. Wie die Referentin darlegte, entwickelten die meisten Parlamentarierinnen

Kontakt: Christoph Ehlert, christoph.ehlert@stud.uni-goettingen.de

QFIAB 104 (2024) — DOI 10.1515/qufiab-2024-0028

Open Access. © 2024 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von De Gruyter.  Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

und Parlamentarier jedoch mit der Zeit die Vorstellung, dass das Projekt mit den Bürgerinnen und Bürgern verbunden sein und zu einem Europa für und von der Gesellschaft führen müsse.

Emmanuel Mourlon-Druol (Florenz) eröffnete das zweite, auf ökonomische Aspekte ausgerichtete Panel. Dazu rekonstruierte er die Debatten um die Koordination nationaler Wirtschaftspolitiken in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zwischen 1957 und 1992 habe sie drei Phasen durchlaufen, die vom Widerwillen gegen Zentralisierungsbestrebungen und dem Kompetenzgewinn der EWG gekennzeichnet gewesen und in deren Zuge eine neue Mesebene der Koordination entstanden sei. Dass an ihrem Ende lediglich die Einigung auf enge wirtschaftliche Kriterien wie ein limitierter Schuldenstand und ein maximales Haushaltsdefizit erzielt wurde, war, so Mourlon-Druol, kein zwangsläufiges Ergebnis, sondern vielmehr ein Minimalkonsens. Katharina Troll (Hamburg) formulierte in ihrem Beitrag die These, dass die britische und deutsche Textilindustrie 1945 nicht, wie häufig angenommen, mit ihrem Niedergang konfrontiert war. Stattdessen begann ihre tiefgreifende Europäisierung. Neue globale Konkurrenz ließ divergierende nationale Interessen hervortreten, die umfassende Lobbyarbeit auf nationaler und europäischer Ebene antrieben. Die EWG wurde so schnell zu einem umkämpften Raum, in dem die Akteurinnen und Akteure versuchten, eine gemeinsame Handelspolitik herbeizuführen. An dritter Stelle referierte Lucrezia Ranieri (Siena) über die Debatten, die in Italien in den 1970er-Jahren im Kontext der Errichtung des Europäischen Wechselkursverbundes und der späteren Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS) geführt wurden. Ökonomische Divergenzen zu den übrigen Mitgliedstaaten ließ italienische Expertinnen und Experten befürchten, die italienische Wirtschaft sei für eine Währungsunion nicht bereit und müsse vor einer Benachteiligung durch sie geschützt werden. Die so geschürte Skepsis gegenüber der Europäisierung musste der EWS-Beitritt Italiens überwinden. Dieser sei deshalb eher als eine Kapitulation gegenüber den verschobenen politischen und wirtschaftlichen Kontexten der 1970er-Jahre, denn als eine pro-europäische Entscheidung zu interpretieren.

Das dritte Panel diskutierte Widerstände gegen die Europäisierung der Landwirtschaft. Der erste Beitrag von Carine Germond (Trondheim) zeichnete dazu die Paradigmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach. So habe sich die GAP von einer Fokussierung auf Produktion hin zu einer multifunktionalen und nachhaltigeren Landwirtschaft verschoben. In einem zweiten Schritt setzte die Referentin diese Entwicklung mit Formen des Protests und des Widerstands gegen die GAP in ländlichen Räumen in Beziehung. Diese hätten jedoch nie die Abschaffung der GAP, sondern die Durchsetzung einer alternativeren, vermeintlich besseren Variante zum Ziel gehabt. Lisbeth Matzer (München) blickte auf den europäischen Weinmarkt, der in den 1970er- und 1980er-Jahren von transnationalen Spannungen geprägt war, die im gleichen Maße die Segmente des Qualitäts- und Tafelweins betrafen. Vor dem Hintergrund französisch-italienischer Konkurrenz untersuchte sie dies konkret an der Praxis des „Euroblending“. Jene Verschneidung von verschiedenen Weinen aus der EWG wurde im Tafelweinsegment zunehmend eingeschränkt, während im Qualitätsweinsegment eine Europäisie-

rung der Regionalität betrieben worden sei. Matzer schlug vor, diese Dynamiken als Widerstandsmomente einer Europäisierung des Weinsektors zu lesen. Der Vortrag von Antonio Carbone rückte die EWG in den Kontext der europäischen Nord-Süd-Spannungen, indem er das Verhältnis der süditalienischen Landwirtschaft zur GAP in den 1970er- und 1980er-Jahren beleuchtete. Ihre spezifischen Probleme bestanden darin, dass sie einerseits weniger von den Subventionen der GAP profitierte und sich andererseits durch den Beitritt anderer Mittelmeerregionen einem stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt sah. Carbone zeigte so exemplarisch, wie verschiedene (De-)Konstruktionen und Visionen eines europäischen ‚Südens‘ und seiner einzelnen Regionen im Zuge der europäischen Integration wirkmächtig wurden und Spannungen erzeugten.

In seiner Keynote plädierte Martin Conway (Oxford) für eine pluralistische und offene Geschichte der europäischen Integration, welche die Erfolgsnarrative ebenso wie die binären Logiken eines ‚Dafür‘ und ‚Dagegen‘ überwindet. Er skizzierte, inwiefern verschiedene Kräfte wie das Wiedererstarken der Nationalstaaten und des Kapitalismus, ein neuer europäischer Wertekonsens und eine neue Klasse europäischer Bürokraten, aber auch Fehlschläge oder soziale Konflikte die europäische Integration bis in die 1980er-Jahre prägten. Zu dieser Zeit seien die Realitäten der ‚ersten europäischen Integration‘ erodiert, weshalb Conway die Frage nach einer ‚zweiten europäischen Integration‘ ab den 1990er-Jahren aufwarf, deren Ausgang offen sei. In der anschließenden Diskussion machte Conway deutlich, dass beim Sprechen von ‚Europa‘ stets von einem westeuropäischen Universalismus ausgegangen worden sei. Zudem hob er die Bedeutung von nationalen gegenüber europäischen Narrativen hervor und wies darauf hin, dass Historikerinnen und Historiker, die diese Narrative prägten, selbst durch die Geschichte der europäischen Integration beeinflusst seien.

Das vierte Panel betrachtete transnationale Netzwerke, die Europäisierungsprozesse in eine andere Richtung zu lenken suchten. Alan Granadino (Madrid) untersuchte dazu die europapolitische Haltung der transnational vernetzten Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) von der Endphase des Franquismus bis zum EG-Beitritt des Landes. Er hinterfragte das Bild eines allgemein verbreiteten Pro-Europäismus und zeigte, dass die spanischen Sozialisten ein transnational agierendes sozialistisches Europa als Förderer von Frieden und Demokratie konzipierten. Dabei begriffen sie den Sozialismus als Brücke zwischen dem europäischen ‚Norden‘ und dem europäischen wie globalen ‚Süden‘ und dachten Spanien eine Modell- und Vermittlerrolle zu. David Lawton (London) rekonstruierte, wie der moderne britische Euroskeptizismus von außerparlamentarischen Akteursgruppen geformt und begründet wurde. Dazu untersuchte er in drei Fallstudien, wie monetaristische Ökonomen, die Federation of Conservative Students und konservativ eingestellte Anwälte neue euroskeptische Narrative kreierten und verbreiteten. Er verortete sie in ihren transnationalen Kontexten und unterstrich, dass der britische Euroskeptizismus nicht einfach auf erstarkenden Nationalismus zurückgeführt werden könne, anders als dies in Brexit-Debatten oft getan werde.

Das fünfte Panel, das alternative Visionen Europas in globalen Perspektiven in den Fokus rückte, eröffnete James Ellison (London). Er skizzierte, wie die Gleichzeitig-

keit von europäischer Integration und Dekolonisierung in den 1960er-Jahren für Großbritannien die Frage nach der eigenen Rolle in der postimperialen Welt aufwarf. In dieser Phase entstand kein neues stabiles Verständnis der eigenen Position innerhalb einer europäischen und internationalen Gemeinschaft, sodass die Jahrzehnte nach dem Beitritt zur EWG bis in die Brexit-Debatten von den Unsicherheiten im britischen Selbstverständnis geprägt blieben. Giuliano Garavini (Rom) untersuchte daraufhin das Konzept des ‚Neuen Eurafrika‘ im Kontext der europäischen Entwicklungspolitik nach dem Abkommen von Lomé. In den 1980er-Jahren hätte die EG in den Staaten Subsahara-Afrikas potentielle Partner und Märkte erkannt und Globalisierung und Welt-handel gefördert. Sie versuchte, sich als Alternative zu den USA und der UdSSR zu präsentieren und vom kolonialen Erbe ihrer Mitgliedstaaten zu lösen. Als sich der geopolitische Schwerpunkt 1990 jedoch nach Osteuropa verschob, ging die Bedeutung ‚Eurafrikas‘ stark zurück. Angesichts aktueller antieuropäischer Tendenzen dränge sich die Frage auf, ob diese das ‚Vermächtnis‘ des Versagens von ‚Eurafrika‘ seien. Der Vortrag von Philipp Müller thematisierte ebenfalls die Verflechtungen von Europäisierung und Dekolonisierung. Er untersuchte am Beispiel des portugiesischen Kolonialreichs, genauer am Projekt des Cahora-Bassa-Dammes, wie privatwirtschaftliches und halbstaatliches Engagement in den 1970er-Jahren im Zuge von Dekolonisierungsprozessen die Anfänge einer europäischen Außenpolitik unterlief. Der Referent zeigte, wie staatliche und privatwirtschaftliche Akteurinnen und Akteure in multinationalen Netzwerken kooperierten und wie dabei die Grenzen zwischen diesen Akteursgruppen zunehmend unkenntlicher wurden. Das erlaubte, eigene Ziele im Rahmen einer alternativen Europäisierung der Außenwirtschaftspolitik zu verfolgen.

Das sechste und finale Panel der Konferenz konzentrierte sich auf alternative Europa-Konzeptionen der extremen Rechten. Antonin Cohens (Paris) Beitrag untersuchte dazu zunächst die intellektuellen Manöver, die die extreme Rechte mit dem Begriff des Korporatismus von der Zwischen- bis zur Nachkriegszeit unternahm. Er zeichnete nach, wie sie Alternativen zur parlamentarischen Repräsentation entwickelte und als bald weitgehend diskreditierte Akteurin transnationale Zusammenschlüsse bildete, um die Europäisierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alexander Hobe (Hamburg) widmete sich der Stellung und den Beziehungen von Veteranenverbänden in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Fokus auf ihrem Verhältnis zur radikalen Rechten legte er dar, wie sie einerseits potenziellen Radikalismus unter den Verbandsmitgliedern eindämmten, andererseits aber auch selbst die Bedrohung des Radikalismus beschworen, um sich damit als politisches Bollwerk gegen selbigen zu inszenieren. Indem sie ihre Abgrenzung von Radikalismen an ein paralleles Bekenntnis zu Europa koppelten, traten sie als mögliche Gesprächs- und Bündnispartner für Regierungen auf und nahmen eine Vermittlerrolle ein, die durch transnationale Bündnisse ausgeführt und bestärkt wurde. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive blickte Laura Wolters (Hamburg) auf gegenwärtige Intellektuelle der extremen Rechten und identifizierte die Ambivalenzen und Kontroversen ihrer Europavorstellungen. Der Begriff Europa diene ihnen wahlweise als Ideal, Raum, Institution oder Stellvertreter, doch

seine konkrete Bedeutung bleibe häufig im Unklaren. Entscheidend sei daher weniger, was der Begriff darstelle, sondern mit welchen Praktiken die Akteurinnen und Akteure ihn nutzten und besetzten. Dies erläuterte die Referentin unter Rückgriff auf Aussagen von Alain de Benoist und Benedikt Kaiser. Beide würden als Intellektuelle der extremen Rechten keineswegs eine generelle Euroskepsis pflegen, sondern alternative Ziele eines rechten Europas verfolgen. Andrea Martinez (Rom) betrachtete die Reaktion der italienischen Medien auf das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954. Anhand einer breiten Quellengrundlage aus Zeitungen verschiedener politischer Spektren konnte er zeigen, wie politische und nichtpolitische Akteurinnen und Akteure in emotional aufgeladener und polarisierender Sprache bereits bestehende polemische Rhetoriken und nationalistisch geprägte Narrative aufgriffen und wie die Debatte um die EVG von übergeordneten Argumenten einer allgemeinen Diskussion um Europäisierung geprägt wurde.

Zum Abschluss führte Jan Zielonka (Oxford) die Diskussionsstränge der Konferenz zusammen. Die Geschichte der europäischen Integration begriff er dabei als die einer umfassenden Neuaushandlung der Dimensionen Territorialität, Autorität, Identität und Recht. In diesen Prozessen verliefen Integration und Desintegration parallel zueinander, weshalb sie stets Gewinner und Verlierer hervorbrächten. Um die Rolle von Euroskeptizismus in ihnen zu verstehen, müsse man aber über die Ideen und Praktiken der Skeptikerinnen und Skeptiker hinaus auch die der regierenden Akteurinnen und Akteure und diese selbst miteinbeziehen. Diese habe die Konferenz aber eher hintenangestellt. Die übrigen Teilnehmenden fügten der Abschlussdiskussion weitere Aspekte hinzu. Einigkeit bestand darin, dass Europäisierung angesichts der diskutierten Dynamiken nicht linear konzipiert werden könne. Darüber hinaus sei anzunehmen, dass auch die von Martin Conway skizzierte Geschichte der ‚zweiten europäischen Integration‘ von eben jenen Spannungen gekennzeichnet sei. Der Begriff des Euroskeptizismus könne schließlich keineswegs als abschließend historisiert gelten. Seine multiplen Facetten und begrifflichen Tiefendimensionen ließen vielmehr vermuten, dass umfassende weitere Forschungen notwendig seien.

Den international und fachlich heterogen aufgestellten Teilnehmenden der Konferenz gelang es insgesamt, eine Vielzahl zeit-räumlicher Kontexte und Akteursgruppen zu beleuchten und multiple Perspektiven unter dem Begriff einer von Spannungen geprägten Geschichte der Europäisierung zu vereinen. Deutlich wurde aber auch, dass dieser Begriff weiterer Schärfung bedarf, was für das gesamte Begriffsfeld gilt. So wurden im Zuge der Konferenz immer wieder ähnliche Begriffe aufgeworfen, die zwar in wiederum ähnlichen Räumen, Strukturen oder Dynamiken verwendet wurden, aber je nach spezifischen Kontexten in Agrar-, Finanz-, Wirtschaftspolitik, Parlamenten oder intellektuellen Diskursen unterschiedliche Dinge meinten. Dieser den Quellenbegriffen innewohnenden Problematik muss weiter durch Differenzierung und Historisierung entgegengearbeitet werden. Auch das abschließende Resümee von Philipp Müller hob die Notwendigkeit einer weiteren Erforschung der komplexen Geschichte der Europäisierung deutlich hervor: „We’re not done yet“.